



Newsletter

MITEINANDER MEHR ERREICHEN

Friedrich-Hähnel-Str. 11, 09120 Chemnitz | 0371 2724 3770 | www.joerg-vieweg.de | kontakt@joerg-vieweg.de



In diesem
Newsletter
lesen Sie
über:

Chemnitz/ Wahlkreis

- Elektromobilitäts-tag
- Einwohnerversammlung in Einsiedel
- Perspektiv- wechsel in der KITA Schmetterling

Liebe Leserinnen und Leser,

genau ein Jahr ist seit unserer Büroeröffnung vergangen. In den letzten Monaten habe ich viele Termine wahrgenommen und bin mit zahlreichen Menschen ins Gespräch gekommen. Für mich war es ein spannendes und lehrreiches Jahr.

Der Arbeitskreis **Sport** hat sich im ersten Jahr meines Mandates in Chemnitz und Plauen getroffen. Die Teilnehmer diskutierten über aktuelle Themen des sächsischen Breitensports, Probleme der kommunalen Sportstätten und mögliche Hilfestellungen. Als sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion kann ich die Themen und Probleme innerhalb der Fraktion ansprechen und folglich auch im Plenum thematisieren. Am 25.06.2015 fand im Sächsischen Landtag eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Koalitions- fraktionen von CDU und SPD zum Thema "Sicherheit im Fußball – Fans schützen, Gewalttäter konsequent verfolgen" statt. Dazu hatten die Landtagsfraktionen insgesamt 13 Vertreter von Polizei, Fanprojekten und Sicherheitsbehörden eingeladen. In einem weiteren Schritt werden die Anregungen nun in einen Antrag eingearbeitet.

Nicht ohne Stolz kann ich auch auf die Treffen des Landesarbeitskreises **Energie** verweisen. Als eine meiner ersten Amtshandlungen habe ich diesen Landesarbeitskreis wieder ins Leben gerufen. Gerade die Energiewende spielte in

- Vernetzung-treffen zwischen Chemnitz und Berlin

Aus dem Landtag

- Abstandsregelung Windkraft
- Landtag zur VW-Affäre
- Aktuelle Anträge und Initiativen

Politikfelder

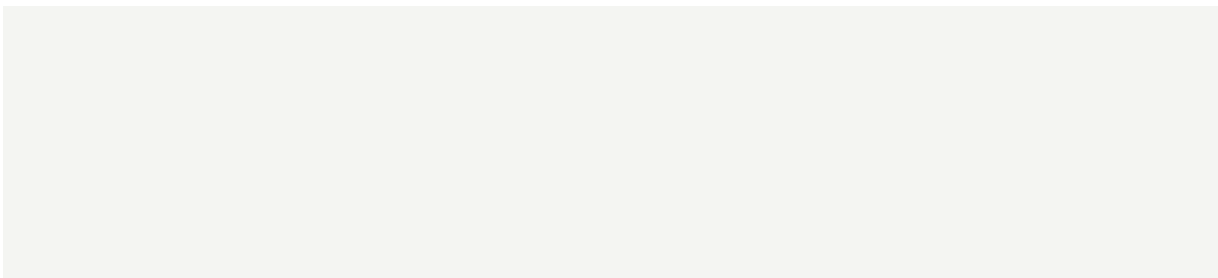
- Landesarbeitskreis Energie
- Besuch des Energiehandelsplatzes
- Besuch im rheinischen Revier
- Elektrobildungs- und Technologiezentrum
- DGB-Handwerkstreffen
- Kleine Touris-mustour

Sachsen aus Sicht der SPD bisher eine untergeordnete Rolle. Zum einen hat die Sächsische Staatsregierung den Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang verschleppt und bürokratisch gebremst, so dass es hier für Sachsen großen Nachholbedarf gibt. Zum anderen stellt die Abkehr von der fossilen Stromerzeugung die hiesige Braunkohlewirtschaft vor erhebliche wirtschaftliche und die betroffenen Regionen vor massive strukturelle Probleme. Ausgehend von im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 zwischen CDU und SPD vereinbarten Maßnahmen, erarbeitete der Arbeitskreis für den kommenden Landesparteitag einen neuen Antrag, um die sozialdemokratische Energiepolitik für Sachsen fortzuschreiben und mit Nachdruck umsetzen zu können. Die Kernelemente der sächsischen Energiepolitik sind für die SPD Sachsen dabei ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger und eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicherinfrastruktur.

Als **tourismuspoltischer Sprecher** nutzte ich die Sommerpause für verschiedene Vor-Ort-Termine. Unter anderem besuchte ich den Erlebnispark Belantis, um mit dem Geschäftsführer über die Auswirkungen des Mindestlohnes die Branche zu sprechen. Außerdem besuchte ich das Kinder- und Jugenderholungszentrum "Am Filzteich" in Schneeberg.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit der Jubiläumsausgabe unserer Newsletters.

Ihr



Chemnitz/ Wahlkreis



Elektromobilitätstag in Chemnitz

Um Interessenten über das Thema Elektromobilität zu informieren, lud der Automobilclub Europa am 19. September von 10 bis 14 Uhr zum Aktionstag ins Autohaus Schneider in Chemnitz ein. Über die Kernaufgabe der Pannenhilfe hinaus engagiert sich der Automobilclub auch in den Bereichen ganzheitliche Mobilität, umweltschonende Verkehrsmittel und Verkehrssicherheit.

„Die Anzahl von Elektrofahrzeugen auf unseren Straßen ist nach wie vor gering. Für mich gilt: wenn Elektromobilität vorangebracht werden soll, braucht es umfangreiche Anreize. Hier ist also die Politik gefragt.“, so Jörg Vieweg, Mitglied des Sächsischen Landtages und ehrenamtlicher Vorsitzender des ACE Kreis Sachsen Süd. Schirmherr der Veranstaltung war der Staatssekretär für Wirtschaft und Verkehr Dr. Hartmut Mangold. In seiner Ansprache betonte er die Notwendigkeit der Elektromobilität für die Zukunft Sachsens und der Bundesrepublik. Bereits jetzt werden in der Landeshauptstadt Dresden in der Abfallwirtschaft Elektrofahrzeuge unter alltäglichen Einsatzbedingungen erprobt. Im Schaufenster „ELEKTROMOBILITÄT VERBINDET“ unterstützt Sachsen gemeinsam mit dem Freistaat Bayern die Ziele der Bundesregierung, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu entwickeln. Als Kompetenzstelle Elektromobilität hat der Freistaat zur inhaltlichen Ausgestaltung, Beratung und Projektbegleitung die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH beauftragt. Bezugnehmend auf die aktuellen Flüchtlingszahlen und die Angriffe auf Unterkünfte für Flüchtlinge betonte Dr. Mangold, dass der aktuelle Fremdenhass für die Zukunft Sachsens sehr schädlich sei. Durch das Bild, welches nach außen getragen

wird, könnten auch Arbeitsplätze vernichtet werden. Am Ende äußerte er seine Hoffnung bei dem ein oder anderen das Interesse an der Elektromobilität geweckt zu haben.

Den Besuchern wurden zahlreiche Aktionen geboten. Der ACE beteiligte sich mit seinem Fahrradreaktionstest sowie der „Rauschbrille“. Außerdem konnten sich die Besucherinnen und Besucher am ACE-Stand zusätzlich die für Ihr Fahrzeug passende Rettungskarte ausstellen lassen. Parallel zum Elektromobilitätstag veranstaltete die Schneider Gruppe in ihrem Autohaus den Tag der offenen Tür. Enviam beteiligte sich mit ihren E-Bikes, die vor Ort ausprobiert werden konnten. Außerdem konnten die Besucherinnen und Besucher gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der Enviam eine Runde mit dem aktuellen Tesla Model S fahren.

Einwohnerversammlung in Einsiedel

Die geplante Nutzung des ehemaligen Pionierlagers in Einsiedel als Flüchtlingsunterkunft war Gegenstand einer am 29.09.2015 von der Landesdirektion ausgerichteten Informationsveranstaltung in der noch ungenutzten Turnhalle am Dittersdorfer Weg. Mehrere hundert Chemnitzerinnen und Chemnitzer nutzten die Gelegenheit ihre Fragen und Bedenken zu äußern.

Der hitzigen Debatte stellten sich Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, Polizeipräsident Uwe Reißmann, Bernd Assauer vom Sächsischen Immobilien- und Baumanagement sowie der Vizepräsident der Landesdirektion Burkhardt Kurths. Das Fehlen von Innenminister Markus Ulbig stieß bei den Anwesenden auf großen Unmut.

Die Anwohnerinnen und Anwohner äußerten lautstark ihre Zweifel am Sicherheits- und Brandschutzkonzept sowie einer möglicherweise unsachgemäßen Nutzung des Geländes. Oberbürgermeisterin Ludwig forderte den Freistaat auf, erst Flüchtlinge unterzubringen, wenn die Baugenehmigung von der Stadt erteilt wurde. Unter anderem habe weder der Mietvertrag noch das Brandschutzkonzept rechtzeitig vorgelegen. Ab Oktober soll das ehemalige Pionierlager von bis zu 544 Flüchtlingen bewohnt werden. Eine von den Anwesenden geforderte Zusicherung, die maximale Belastungsgrenze nicht zu überschreiten, konnte die Landesdirektion nicht geben. Die Stimmung im Raum war aufgeladen und konfrontativ. Aufgeheizt wurde die ohnehin schon emotionale Debatte durch die Stimmungsmache von bekannten Persönlichkeiten rechter Gruppierungen in Chemnitz. Da die Bemühungen der Podiumsteilnehmer, den Einsiedlern ihre Befürchtungen zu nehmen, nicht von Erfolg gekrönt waren, erhielten die Populisten viel Beifall.

Im Anschluss an die Veranstaltung rief die Gruppe „Einsiedel sagt NEIN zum Heim“ zu einer Kundgebung vor der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung auf. Rund 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich vor dem Gelände um, mit Rufen wie „Widerstand“ oder „Schütz die Nation“, gegen die geplante Nutzung zu demonstrieren. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt mussten mit Polizeischutz durch die Masse eskortiert werden, „Volksverräter-Rufe“ wurden laut. Am Rande der Versammlung wurden Anwesende der Informationsveranstaltung von Kundgebungsteilnehmern beleidigt und körperlich verletzt.



Jörg Vieweg arbeitet einen Tag in der Kita „Schmetterling“ mit

Bereits zum siebten Mal veranstaltete die Liga der Freien Wohlfahrtspflege ihre Aktion „Perspektiv-wechsel“. Einen Tag in eine andere Rolle schlüpfen: Auf dieses Experiment hat sich Jörg Vieweg eingelassen und arbeitete in der AWO-Kindertages-stätte „Schmetterling“ in Helbersdorf mit. „Das heutige AWO-Kinderhaus Schmetterling ist eine der großen Einrichtungen in meinem Wahlkreis. Jeden Tag spielen und lernen hier über 180 Kinder. Der Perspektivwechsel war für mich eine Möglichkeit, selbst zu erfahren, wie sich die aktuelle Absenkung des Betreuungsschlüssels vor Ort wirklich auswirkt und was Erzieherinnen und Erzieher täglich leisten müssen. Für mich ist es wichtig zu erfahren, was Politik konkret bewirkt und wo es noch Probleme gibt.“ Kerstin Schuffenhauer, stellvertretende Leiterin, freute sich über das Interesse des Politikers. „Herr Vieweg wurde von den Kindern mit offenen Armen empfangen und mit seiner offenen Art gab es keinerlei Anlaufprobleme.“





Chemnitzer und Berliner Abgeordnete im Austausch

Ende September trafen sich die Chemnitzer Landtagsabgeordneten Hanka Kliese und Jörg Vieweg mit Dr. Clara West, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, im Bürgerbüro in Helbersdorf.

Ziel war eine bessere Vernetzung und der Austausch der drei Bürgerbüros. Brühl, Heckert-Gebiet und Berlin Pankow: drei Kieze um die die Abgeordneten und die Mitarbeiterteams sich intensiven kümmern.

„Es ist schon erstaunlich wie wir unabhängig von der Größe der Stadt mit ähnlichen Problemen und Lösungsansätzen befasst sind“, so Hanka Kliese. Über neue Impulse für die Bürgerarbeit, wie beispielsweise mobile Bürgersprechstunden, freute sich Jörg Vieweg. Der Austausch soll zukünftig weiter intensiviert werden. Für das nächste Jahr ist ein Treffen in Berlin geplant.

AfD versucht erneut die Energiewende auszubremsen

Klares Nein der SPD-Fraktion zu starren Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen

In seiner Sitzung am 16. September musste sich der Sächsische Landtag erneut mit einem Antrag der AfD-Fraktion zum Thema Windkraft auseinandersetzen. Hatte sie bei ihrem letzten Beitrag zum Thema ein generelles Moratorium für den Bau neuer Windkraftanlagen gefordert, so sprach sich die Fraktion dieses Mal für eine starre 10H-Abstandsregelung aus. Hier zeigte sich erneut die Blockadehaltung der AfD beim Thema Windkraft. Neue Anlagen müssten demnach einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden einhalten, was gleichbedeutend mit dem Ende des Ausbaus der Windkraft im Freistaat wäre.

Jörg Vieweg, der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, verwies zunächst auf die erneut gravierenden formalen Fehler mit denen der Antrag durchsetzt sei. Darüber hinaus werde die politische Ebene nicht eingehalten. Die Staatsregierung habe keinerlei Veranlassung über die Entscheidungen der sächsischen Kreistage zu berichten, wie von der AfD gefordert. Wie bereits der zuletzt von der AfD eingereichte Antrag zum Thema Windkraft, zeichne auch dieser sich wieder durch plumpen Populismus und mangelndes technisches wie rechtliches Fachwissen aus.

SPD und CDU haben sich im Koalitionsvertrag klar zum Ausbau der Windkraft bekannt. Diese Strategie fuße auf ökonomischen und ökologischen Tatsachen, der AfD-Vorwurf eines „Schlingerkurses“ oder „blinder Technikgläubigkeit“ sei vollkommen aus der Luft gegriffen. „Wir wollen die Windkraft in Sachsen voranbringen, wir wollen neue Industriearbeitsplätze und neue Wertschöpfungsketten schaffen. Das ist für uns kein Schlingerkurs, sondern kluge Wirtschaftspolitik und gute Energiepolitik in Sachsen“, so Vieweg. Er betonte die aus Sicht der SPD-Fraktion zentralen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation der Energieversorgung im Freistaat: „Flexible Abstandsregelungen, die Planungsverbände und

mehr Bürgerbeteiligung sind für uns der Schlüssel zur Energiewende. So steht es im Koalitionsvertrag und so wird es die Koalition auch umsetzen.“ An die Adresse der AfD-Fraktion gerichtet wurde Jörg Vieweg noch einmal deutlich: „Es wird in Sachsen keine 10H-Regelung geben, das können Sie sich aufschreiben. Wir wollen ermöglichen, wir wollen nicht verhindern, deswegen wird es keine festen Abstandsregelungen geben.“

„Wenn es VW schlecht geht, dann geht es auch Sachsen schlecht“ – Sächsischer Landtag diskutiert über Auswirkungen der Affäre auf die Wirtschaft im Freistaat

Die Enthüllungen über manipulierte Emissionswerte bei Dieselmotoren des Volkswagen-Konzerns beschäftigten Anfang Oktober auch den Sächsischen Landtag. Jörg Vieweg warnte in seinem Redebeitrag vor Häme und Schadenfreude, diese seien völlig fehl am Platz. Gleichwohl sei es richtig, dass sich der Landtag mit der Situation beim größten Industriearbeitgeber im Freistaat beschäftige. „Das industrielle Herz einer ganzen Region ist betroffen, wenn Volkswagen in Schieflage gerät. Wenn es VW schlecht geht, dann geht es auch Sachsen schlecht.“

Die Bedeutung der Automobilindustrie im Allgemeinen und von VW im Speziellen, verdeutlichte Jörg Vieweg mit einigen beeindruckenden Zahlen. Volkswagen allein verfüge über mehr als 10.000 bestens ausgebildete und hochmotivierte Angestellte, welche mit ihrer Innovationskraft kräftig an der Erfolgsgeschichte des Unternehmens mitgeschrieben haben. Insgesamt arbeiten 81.000 Sächsinen und Sachsen in der Automobilherstellung und bei den zahlreichen Zulieferbetrieben.

Für Chemnitz und Zwickau stellt Volkswagen einen elementaren Bestandteil der Wirtschaft dar. Im Motorenwerk in Chemnitz arbeiten 1.750 Beschäftigte und stellen pro Tag bis zu 3.000 Ottomotoren her. In Zwickau sind es sogar rund 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch wenn keine der betroffenen Motorbaureihen aus den sächsischen Werken stamme, seien eventuelle wirtschaftliche Probleme beim Gesamtkonzern, direkt mit den einzelnen Standorten verbunden. Die betroffenen Kommunen müssten mit sinkenden Gewerbesteuererinnahmen rechnen. Für Chemnitz werde derzeit von ca. 10 Millionen Euro für dieses Jahr ausgegangen. In Zwickau sieht es noch wesentlich düsterer aus, dort wurde eine Haushaltssperre verhängt und die gesamte Finanzplanung steht auf der Kippe.

„Es darf nicht passieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Schaden dieser falschen

Managemententscheidungen tragen müssen. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass unsere Kommunen den Größenwahn einiger weniger ausbaden müssen“, so Vieweg abschließend.

Aktuelle Anträge und Initiativen der SPD- Landtagsfraktion

21. Plenarsitzung am 07.10.2015

"Sucht in Sachsen –
Herausforderungen
meistern, Prävention
stärken"

- gemeinsamer Antrag
mit der CDU - Fraktion

"Sachsen Digital – Digitale
Entwicklung und
Breitbandversorgung im
Freistaat Sachsen
voranbringen"

- gemeinsamer Antrag
mit der CDU - Fraktion,
mit Stellungnahme der
Staatsregierung
- Drucksache 6/2012

22. Plenarsitzung am 08.10.2015

"In Freiheit und

Alle weiteren Informationen zu den beiden Plenarsitzungen finden Sie unter:

21. Plenarsitzung

<http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/tagesordnungen-protokolle-desplenums/tagesordnung/746>

22. Plenarsitzung

<http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/tagesordnungen-protokolle-desplenums/tagesordnung/747>

Liveübertragungen

<http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/liveuebertragung/index.cshtml>

Landtagskurier Ausgabe 5.15 (pdf)

http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/landtagskurier/SLT_Z_S_LK_5_15.pdf

Selbstbestimmung – 25

Jahre

Parlamentarismus in

Sachsen"

- gemeinsamer Antrag
mit der CDU - Fraktion

"Familienhebammen"

- Prioritätenantrag der
Fraktionen CDU und
SPD

- Drucksache 6/2657

"Betreuungsvereine

fördern, ehrenamtliche

Betreuung stärken!"

- gemeinsamer Antrag
mit der CDU - Fraktion

- Drucksache 6/2799

Politikfelder

Besuch des Energiehandelsplatzes in Markkleeberg

Einmal den Profis über die Schulter schauen, dass durften wir Ende August beimbesuch des Energiehandelsplatzes von enviaM in Markkleeberg. Die behandelten Themenbereiche waren vielseitig, von Absatzportfolio- management, Energiebeschaffung und operativer Optimierung bis zum Bilanzmanagement.

Nach einer Begrüßungs- und Vorstellungsrunde folgte die Darstellung der einzelnen operativen Bereiche von enviaM. Das Unternehmen sorgt dafür, dass rund 1,2 Millionen Privatkunden

täglich verlässlich mit Strom versorgt werden. Mittels Termin- und Spothandels wird die physische Ware eingekauft um sie möglichst preisgünstig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben zu können. Nach eigenen Aussagen wird auf Spekulationen fast gänzlich verzichtet.

„Als energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag war ich besonders am Meinungsaustausch mit den Experten zum Thema: 'Auswirkungen der Energiewende auf den Stromhandel' interessiert. Die Energiezukunft ist erneuerbar und dezentral. Dazu müssen verlässliche Energiespeicher vorhanden sein“, so Jörg Vieweg. Am Beispiel der Prognose der Stromerzeugung aus Photovoltaik wurde eine der Herausforderungen sehr gut verdeutlicht.

„Ein strukturierter und transparenter Handel sichert den Erfolg der Energiewende. Energiespeicher sind der Schlüssel für eine effektive Nutzung der Erneuerbaren. Deshalb werde ich mich weiterhin für die Erforschung und den Ausbau der Speichertechnologien stark machen“, so Jörg Vieweg abschließend.





Sächsische Energiepolitiker besuchen ihre Kollegen in Nordrhein-Westfalen

Am 09.09.2015 besuchten die beiden sächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Baum und Jörg Vieweg ihren nordrhein-westfälischen Kollegen Guido van den Berg in Düsseldorf besucht. Die Drei waren zusammgekommen, um über die Zukunft der Braunkohle zu sprechen. Ihre Zielsetzung ist es die gemeinsamen Herausforderungen der Braunkohleindustrie sowohl ökologisch als auch ökonomisch zukunftsorientiert zu lösen.

Im Rahmen des Besuchs standen neben Gesprächen im Landtag und mit dem NRW-Wirtschaftsministerium auch Besuche des Tagebaus Garzweiler und des Kraftwerks Niederaußem auf der Tagesordnung. „Die Gestaltung der Energiewende und des Strukturwandels ist uns wichtig. Wir wollen weiterdenken und begrüßen daher die Perspektive einer in beiden Regionen möglichen Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff“, erklärte Jörg Vieweg.



Für eine zukunftsfähige Energieversorgung, für ein zukunftsfähiges Sachsen

Arbeitskreis Energie setzt Leitlinien für die sozialdemokratische Energiepolitik im Freistaat

Wie wollen wir die Energiewende in Sachsen gestalten? Wie schaffen wir die Transformation der Energiepolitik bei gleichzeitiger Gewährleistung fairer Preise und der Vermeidung gravierender struktureller Probleme in den Braunkohleregionen? Wie erhöhen wir die Akzeptanz für neue Energieformen in der Bevölkerung und schaffen mehr direkte Partizipationsmöglichkeiten?

Diesen und vielen weiteren Fragen widmete sich der Landesarbeitskreis (LAK) Energie der SPD Sachsen in den zurückliegenden Monaten. Aufbauend auf dem energiepolitischen Leit Antrag aus dem Jahr 2013 und den im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD getroffenen Vereinbarungen, wurden die zukünftigen Leitlinien einer sozialdemokratischen Energiepolitik in Sachsen festgezurr. Am 7. November trifft sich die SPD Sachsen zu ihrem außerordentlichen Parteitag in Görlitz, der LAK Energie steuert dazu einen Antrag bei.

Neben dem klaren Bekenntnis bis 2050 den Energiebedarf des Freistaats vollständig aus erneuerbaren Energiequellen zu decken, verweist der Antrag auch auf die Notwendigkeit des Strukturwandels in den Braunkohleregionen aktiv zu begleiten und zu gestalten. Strukturbrüche und Arbeitsplatzverluste sollen vermieden werden.

Die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sollen gestärkt werden, damit sie unmittelbar vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren können. Energie muss bezahlbar bleiben, die Energieeffizienz weiter erhöht werden. Besondere Bedeutung kommt der weiteren Erforschung der Speichertechnologien zu und der Ertüchtigung der Stromnetze, ohne welche die Energiewende nicht gelingen kann.

Dank gilt allen, die sich zur letzten Arbeitskreissitzung oder per Mail und telefonisch an der Erstellung beteiligt und Ideen eingebracht haben.

„Wir sind sehr froh, dass unser Arbeitskreis wieder so aktiv und konstruktiv um Positionen ringt. So macht Parteiarbeit Spaß!“, so Jörg Vieweg energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Leiter des Arbeitskreises.



Mehr Mitbestimmung im sächsischen Handwerk

Die DGB Gewerkschaften sind wichtiger Partner der Wirtschaft in Sachsen. Jörg Vieweg Sprecher, für Mittelstand und Handwerk der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sieht einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik in Sachsen. Die Partner CDU und SPD haben in Ihrem Koalitionsvertrag formuliert, dass eine starke sächsische Wirtschaft untrennbar mit fairen Arbeitsbedingungen und gerecht entlohnerten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbunden ist. Gerade angesichts kleinteiligen Struktur des sächsischen Mittelstandes und Handwerks stehen Belegschaften bei der betrieblichen Mitbestimmung oft vor großen Schwierigkeiten. Dies wurde auch beim Verbändegespräch im Dresdner Gewerkschaftshaus mit der Gewerkschaft Nahrung Genuss und Gaststätten (NGG) und der IG Bau-Agrar-Umwelt deutlich.



Besuch des Erlebnisparks Belantis

Mit jährlich 500.000 Besuchern und einem großen Freizeit- und Dienstleistungsangebot ist Belantis ein Touristenmagnet weit über Sachsen hinaus. Wer einen tollen Tag mit seiner Familie oder Freunden erleben möchte, dem sei ein Besuch wärmstens empfohlen. „Der geschäftsführende Gesellschafter Herr Linnenbach leitet hier ein tolles Unternehmen“, so Jörg Vieweg. Hauptthema des Besuches war die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes und dessen Auswirkungen auf das Unternehmen. Der Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) hatte in einer Pressemitteilung im April diesen Jahres eine Entbürokratisierung bei den Dokumentationspflichten -insbesondere bei den Saisonarbeitern- gefordert. Um über die aktuellen Entwicklungen und Probleme zu sprechen hatte Jörg Vieweg das Gespräch mit der Geschäftsführung des Freizeitparkes gesucht.

SPD

JÖRG VIEWEG

tourismopolitischer Sprecher der
SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag



Miteinander mehr erreichen: www.joerg-vieweg.de

Bürgerbüro Jörg Vieweg
Friedrich-Hähnel-Straße 11
09120 Chemnitz

Kontakt

Telefon: 0371/ 27243770
Fax: 0371/ 27290590

Unsere Öffnungszeiten

Montag bis Mittwoch: 10:00 – 16:30 Uhr
Donnerstag: 10:00 – 17:30 Uhr
Freitag: nach Vereinbarung

E-Mail: kontakt@joerg-vieweg.de
Web: joerg-vieweg.de
Facebook: www.facebook.com/joerg.vieweg

Bürgerbüro Jörg Vieweg
Friedrich-Hähnel-Str. 11
09120 Chemnitz

Sie bekommen diese Mail, weil Ihre Mailadresse bei uns hinterlegt ist.
Wenn Sie keinen Newsletter mehr von un erhalten wollen, schreib Sie uns
bitte eine E-Mail (kontakt@joerg-vieweg.de) oder klicken auf das Feld
"Unsubscribe".

Preferences | Unsubscribe



LIKE



TWEET



FORWARD